

DIE ZEITUNG DER DELEGATION DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT

europa **ROT**



Was hält die EU noch zusammen?

Klare Kante für
europäische Solidarität

Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Butter bei die Fische – Warum wir Linken jetzt den Hintern hoch kriegen müssen!

Die EU ist in einem strategischen Dilemma: *Außenpolitisch*, weil das transatlantische Verhältnis mit dem neuen US-Präsidenten ramponiert ist und sie die Beziehungen zu Russland zerstört hat. *Innenpolitisch* durch den Brexit und weil sie immer weiter zerfasert – wie im Europäischen Rat, wo sich mehr und mehr Nationalisten tummeln. Der rechtskonservative Ruck in vielen Mitgliedstaaten reicht bis tief in ihre Gesellschaften und schlägt sich politisch in der EU nieder, macht jede nationale Wahl zur Zitterpartie. Dieser Rechtsruck hat breite Unterstützung in den Mitgliedstaaten, aber auch im Europaparlament, wo sich die EVP-Fraktion (CDU/CSU & Co.) immer wieder schützend vor Victor Orbán stellt und drei rechte Fraktionen mit ihren tief antieuropäischen, rassistischen und chauvinistischen Programmatiken um die Deutungshoheit kämpfen, gestützt durch ihre Wählerinnen und Wähler. Dem kommt das große Demokratiedefizit der EU-Institutionen zupasse, die Fehlkonstruktionen des Lissabon-Vertrags. Entweder wird die EU tiefgreifend reformiert, das heißt demokratisiert und sozialisiert, oder sie überlebt sich historisch. Und der Maßstab sind die Bürger*innen, deren zentrale Frage ist, wie ihr Leben besser werden kann, wie sie in Arbeit kommen, in Würde alt werden, Gesundheit und Geborgenheit erfahren. Die linken Parteien dürfen den Kampf um die europäische Idee nicht verschlafen, müssen ihr Haupt aus der nationalen Enge erheben und sich gegen den Rechtspopulismus und neuen Nationalismus in Europa stark machen. Verbünden wir uns uneigennützig mit allen Demokrat*innen, die gegen neue Mauern und Stacheldrähte ankämpfen, die für ein Ende der Spardiktate und gleichwertige Lebensverhältnisse streiten, die für eine Solidarität eintreten, die diesen Namen auch verdient.

Mit solidarischen Grüßen
Cornelia Ernst



Gespräch mit Gabi Zimmer und Helmut Scholz

Wir müssen die nationalen mit den europäischen Kämpfen verbinden

Juncker hat fünf Szenarien für die Zukunft der EU entworfen, die Römische Erklärung hat die nächsten zehn Jahre vorgezeichnet. Werden die richtigen Weichen gestellt?

Gabi: Nein.

Helmut: Wie sollte das auch geschehen? Das gesamte Projekt EU muss ja vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Juncker und Kollegen werden das alleine nicht schaffen, schon gar nicht, wenn sie den Souverän unverändert auf die Zuschauertribüne verbannen.

Gabi: Niemand kann derzeit sagen, ob es nicht schon zu spät ist, die Weichen umzustellen. Es gibt für alles immer ein Momentum. Fakt ist, dass die Verträge der letzten Jahre die Handlungsmöglichkeiten für die EU-Entwicklung weiter eingeschränkt haben. Fakt ist auch, dass wir als Linke keine übergreifende Debatte ermöglicht haben, wie wir

eine Veränderung der EU zustande bringen wollen. Es reicht nicht, nur einzelne Vorschläge zu präsentieren, die von einander losgelöst sind. Es geht darum, die Kräfteverhältnisse zu ändern. Dazu müssen die Linken eine breite Debatte über Alternativen zur heutigen EU führen, die über beispielweise die EU-RO-Frage hinausgeht. Wir müssen schauen, wie wir eine EU neu begründen können, die den tatsächlichen Wünschen der Menschen gerecht werden kann.

Helmut: Ich stimme dir zu, glaube aber, dass sich gerade ein schmales Fenster öffnet. Die Politik der »Alternativlosigkeit« ist einer spürbaren Nervosität und Irritation bei den Mächtigen gewichen: sie können nicht mehr so weiter, wie bisher. Auf der anderen Seite gibt es aus Südeuropa klare Signale, dass viele den Irrsinn der Sparpolitik zu ihren Lasten nicht mehr ertragen wollen. Das fordert uns Linke heraus. Wir haben



» Wenn die Kommission nach dem Brexit-Referendum als erstes vorschlägt, eine militärische Union zu begründen, ist das die absolut falsche Reaktion. «

alternative Vorschläge, mit denen wir Teile der Gesellschaft mobilisieren und indirekt die Diskussionen um die Zukunft der EU beeinflussen. Bei TTIP und CETA ist uns das gut gelungen. Wir konnten diese Ansätze aber nicht in eine progressive Agenda umsetzen. Wenn man so will, sind wir nach dem Nein zum Verfassungsvertrag nicht von Fleck gekommen. Ich sehe unter Linken eine zunehmende Bereitschaft, die eigenen Positionen zu schärfen und dabei den Adressaten unserer Politik miteinzubeziehen. Ich hoffe sehr, dass wir damit diesen Schritt endlich gehen.

Gabi: Wir stehen vor verschiedenen Herausforderungen, die jede für sich nur unzureichend bewältigt werden kann. Wir sehen die zunehmenden Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten, die Hegemonie, die einzelne Länder ausüben. Ich denke auch an den Brexit und andere Probleme. Wenn die Kommission nach

dem Brexit-Referendum als erstes vorschlägt, eine militärische Union zu begründen, ist das die absolut falsche Reaktion. So werden die Gründe des Brexits nicht behoben. Dem werden wir unter keinen Umständen zustimmen. Und wenn Juncker fünf Szenarien zur Zukunft der EU vorstellt, die den neoliberalen Entwicklungsweg nicht beenden, sondern nur ein Mehr, Schneller oder Weiter so beschreiben, dann haben die Regierenden nicht erkannt, was verändert werden muss. Deshalb müssen wir die nationalen Kämpfe mit den europäischen verbinden. Solange jeder für sich wurstelt, kommen wir nicht weiter. Wenn wir es in Deutschland nicht schaffen, eine andere EU-Politik der Bundesregierung zu erzwingen, dann wird sich in der EU kaum etwas ändern. Wir brauchen echte Solidarität mit Griechenland und Südeuropa statt zerstörerischer Kürzungsdiktate. Mit einem inkompetenten Finanzminister, der sich als der Oberherr-

scher in der EU aufspielt, werden wir keine andere EU bekommen.

Der Brexit steht vor der Tür. Welche Politik verfolgt die Linke mit Blick auf die anstehende Scheidung und die Neugestaltung der Beziehungen zum Vereinigten Königreich (VK)?

Gabi: An erster Stelle müssen die Rechte der EU-Bürger*innen in Großbritannien und der Brit*innen in der EU stehen. Wenn die Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme zwischen den EU-Staaten und dem VK beendet wird, kann das diese Menschen schwer treffen. Der soziale und rechtliche Status der Betroffenen muss in den Verhandlungen geschützt werden. Wir sprechen von mehr als vier Millionen Menschen im VK und in der EU, von 1,8 Millionen Menschen in Nordirland. Für letztere wäre eine neue EU-Außengrenze auf der irischen Insel dramatisch. Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich weiter als Garanten des Karfreitag-Abkommens erweisen. Diese Friedensvereinbarung steht auf fragilem Boden. Sie hat bisher funktioniert, weil die nationale Frage in Irland zurückgedrängt wurde. Mit dem Brexit kann sich das ändern. Dann könnten wir einen Konfliktherd bekommen, der nicht zu beherrschen ist.

Helmut: Im Brennglas des Brexits sehen wir die ganze Fragilität der Entwicklung in der EU. Nicht nur in Irland sondern auch in Gibraltar zeigt sich, dass sich diese Fragilität auch auf das friedliche Miteinander in der EU erstreckt. Der Brexit ist das Ergebnis einer 25 Jahre währenden Komplizenschaft. Dem Vereinigten Königreich ging es nur um die Durchsetzung neoliberaler Marktmechanismen. Eine Kultur des Zusammenlebens zu gestalten, wurde abgelehnt. Brüssel, aber auch die Regierenden in den Hauptstädten der EU, haben sie hierbei aus Eigennutz gewähren lassen.

Wir konnten es kommen sehen. Trotzdem will ich heute nicht einfach nur beobachten, ob und wie schmutzig die »Scheidung« ausfallen wird. Im Mittelpunkt unserer Politik standen und stehen immer die Interessen, Rechte und gemeinsamen Lebensperspektiven der Menschen. Deshalb haben wir in der Fraktion begonnen, mit Betroffenen darüber zu sprechen, was sich mit dem Brexit an ihren Lebensverhältnissen ändert und was wir Linke machen können. Dabei machen wir keinen Unterschied zwischen EU-Bürger*innen im VK und Brit*innen in der EU. Entsprechend stellen wir uns die Frage, wie die zukünftige wirtschaftliche und handelspolitische

Zusammenarbeit mit dem VK aussehen soll. Wir wollen nicht, dass diese dem Modell TTIP oder CETA folgt. Die gemeinsamen Lebensinteressen von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Selbst wenn die Trennung und die Gestaltung der neuen Beziehungen nach dem Brexit gut laufen, werden die vielen Defizite der EU nicht weg sein. Was bleibt aus Eurer Sicht zu tun?

Gabi: Eine Debatte steht uns unmittelbar bevor: Das ist der Kommissions-Vorschlag zur Säule sozialer Rechte der EU. Wir erhoffen uns, einen Rahmen zu schaffen, der die Angleichung von Lebensverhältnissen in den EU-Mitgliedstaaten mit sich bringt. Dieser muss sozialen und Beschäftigungsschutz in den Mitgliedstaaten ermöglichen. Hier müssen wir Druck ausüben, weil vieles noch zu allgemein bleibt. Die Mitgliedstaaten müssten konkrete Verpflichtungen eingehen, um deutlich zu machen, dass die EU eine Union sozialer Sicherheit sein muss. Nur auf dieser Basis lässt sich Solidarität tatsächlich umsetzen. Nur so wird die Union eine Gemeinsamkeit haben, die auch von den Menschen getragen wird. Wenn sie sich nur auf die Gemeinsamkeit der Interessen der Banken, der global und europäisch agierenden Wirtschaft konzentriert, dann werden wir nicht weiter kommen.

Helmut: Wenn wir die Grundrichtung der Entwicklung der EU der letzten 20 Jahre nicht in Frage stellen, wird eine EU mit hohen sozialen Standards nicht durchzusetzen sein. Dabei geht es auch um die Verknüpfung der sozialen mit der Demokratiefrage, denn die Bürger*innen wollen nicht nur, dass ihre sozialen Interessen ernst genommen werden, sondern sie wollen auch die Entwicklungsrichtung mitbestimmen. Da wir große Unterschiede in den sozialen Systemen der EU haben, werden wir uns fragen müssen, wieviel Gemeinsamkeit wir im sozialen Lebensalltag in den Mitgliedstaaten haben wollen und brauchen. Bisher stellte sich diese Frage nur abstrakt. Selbst unter uns Linken mussten wir uns nicht für den »Nachbarn« interessieren. Es kommen also neue, sehr konkrete Aufgaben auf uns zu, denn gerade in der deutschen Politik brauchen wir eine Europäisierung unserer politischen Entscheidungsprozesse. Die linke Zukunft der EU können wir nicht alleine Berlin überlassen.

Das Gespräch führte
André Seubert

Brexit und Trump als Militarisierungsbeschleuniger der EU



Die Frage, welche Schlussfolgerungen aus dem Brexit und der Wahl Donald Trumps zu ziehen sind, dominiert seit einiger Zeit den politischen Diskurs innerhalb der EU. So ist derzeit von allen Seiten zu vernehmen, dass vor allem sicherheitspolitische Konsequenzen gezogen werden müssten, und dies primär in Form eines massiven Ausbaus des EU-Militärapparates.

Hinter solchen Forderungen verbirgt sich oft die Vorstellung, die EU werde nur mittels eines schlagkräftigen Militärapparates im Konzert der Großmächte mitspielen können. Es wurden bereits früher Anstrengungen unternommen, um das EU-Militarisierungsprojekt voran zu treiben. Dies erfolgte jedoch schleppend, denn sowohl die USA als auch Großbritannien erwiesen sich lange als erhebliche Stolpersteine auf dem Weg zur Militärmacht EUropa. Diese Steine sind nun obsolet geworden. Wird doch mit Großbritannien einer der vehementesten Gegner des Militarisierungsprojektes die EU verlassen. Es entsteht der Eindruck als kämen die neuerlichen Entwicklungen vielen Brüsseler Entscheidungsträgern gerade recht. Jedenfalls ließen sie kaum Zeit verstreichen, um eine Reihe richtungsweisender Initiativen auf den Weg zu bringen. Die wichtigste davon ist die »EU-Globalstrategie«, die nur

wenige Tage nach dem Brexit veröffentlicht wurde. Mit ihrer Forderung nach »Spitzenfähigkeiten« zur »autonomen Kriegsführung« gab sie das Ziel vor, an dessen Umsetzung nun mit fieberhafter Geschäftigkeit gearbeitet wird.

Auch die Eskalation im Verhältnis zu Russland und die aggressivere Außen- und Militärpolitik Deutschlands wirken als mobilisierendes Element für das EU-Militarisierungsprojekt. Zudem ist es Ziel der EU, auch ohne die USA militärisch handlungsfähig zu sein. Der Anspruch, sich militärisch von den USA zu »emanzipieren«, wird weiter zielstrebig verfolgt. Um dies zu erreichen, mahnt die EU-Globalstrategie eine »bessere« EUropäisierung der Militär- und Rüstungspolitik, sowie größere Anstrengungen bei der Rüstungsfinanzierung an.

Zu den wichtigsten EUropäischen Forderungen gehören die Aufstellung eines EU-Hauptquartiers; die sogenannte »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit«, mit der das Konsensprinzip ausgehebelt und wichtige Teile der EU-Militärpolitik auf einzelne Staaten übertragen werden kann; die Beschaffung EU-eigener militärischer Fähigkeiten und damit ein Schritt in Richtung EU-Armee; sowie die Einrichtung einer Art EU-Rüstungshaushalt.

Dass EU-Haushaltsgelder für militärrelevante Belange verausgabt werden, ist alles andere als selbstverständlich. Dies ist dem zivilen Finanzierungsvorbehalt in Artikel 41(2) des EU-Vertrages geschuldet, der lange so interpretiert wurde – nicht zuletzt auf Insistieren Großbritanniens –, dass auf dieser Grundlage keine militärrelevanten Ausgaben aus dem EU-Haushalt bestritten werden dürfen. Allerdings könnte der Verteidigungs-Aktionsplan der Kommission diesen Vorbehalt aushöhlen, in dem es heißt, dass es dringend erforderlich sei, dass die Europäer mehr »in die Entwicklung wichtiger Verteidigungsfähigkeiten investieren«. Zu diesem Zweck soll ein »Europäischer Verteidigungsfonds« eingerichtet werden.

Wie aus den EU-Militarisierungsinitiativen hervorgeht, handelt es sich hierbei keineswegs um völlig neue

Pläne, die erst als Reaktion auf Brexit und Trump-Wahl ausgearbeitet worden wären. Im Gegenteil: Was getan wurde, war lediglich, beides als Kollateralnutzen und Begründung für lange angestrebte Projekte zu nutzen.

Die eigentliche Tragik ist, dass Brexit und Trump-Wahl der Ausdruck einer tiefen und nachvollziehbaren Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment sind. Es ist eine bittere Ironie, dass die wichtigste Schlussfolgerung aus diesen Ereignissen nun darin besteht, Weltmachtphantasien ausleben und kostspielige Militarisierungsinitiativen vorantreiben zu wollen, anstatt sich der wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen anzunehmen. Darüber hinaus scheint es vor allem auch darum zu gehen, ein neues sinnstiftendes Projekt für die ins Trudeln gekommene Union zu finden.

von Sabine Lösing

» Zweckentfremdung von Entwicklungshilfegeldern

Entwicklungshilfe für Militärisches zu verwenden, ist ein eklatanter Missbrauch! Das ist nicht neu, aber es wird immer offener betrieben. War es früher noch verdeckt, beispielsweise bei der Finanzierung des Galileo-Projekts aus Mitteln des Agrarhaushalts, ist es nun »business as usual«. Die EU-Kommission will Mittel aus dem »Instrument für Stabilität und Frieden« für die Bezahlung und Aufrüstung lokaler Streitkräfte verwenden, etwa in Afrika. Das geht natürlich auf Kosten ziviler Ansätze. Wir finden: Das geht gar nicht!



von Fabio De Masi

EU-Zukunft: Der Euro könnte zerbrechen!

Die EU steckt in einer schweren Krise. Der Austritt der Briten aus der EU (Brexit) oder die Stärke von rechten Kräften wie Le Pen in Frankreich sind Symptome einer kaputten Politik, die Investitionen, Löhne und Renten kürzt. In der EU wächst vor allem die soziale Ungleichheit. Die Finanzmärkte wurden in der Krise mit billigem Geld künstlich beatmet, aber die reale Wirtschaft – insbesondere in Italien – bleibt schwach. Die Wahlen in Frankreich und Italien könnten den Euro beerdigen.

Die EU und besonders die Eurozone müssen die wahren Ursachen der

Krise bekämpfen. Deutschland – die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt – hat Exportüberschüsse von mittlerweile fast neun Prozent der Wirtschaftskraft. Wir verkaufen immer mehr ans Ausland als wir von dort einkaufen. Das Ausland muss sich daher verschulden. Dies gründet nicht einfach auf guten Ingenieuren, sondern auf der Ausbeutung der Handelspartner sowie der Beschäftigten in Deutschland durch die Agenda 2010 beziehungsweise Jahre zu geringer Lohnzuwächse.

Eine Vertiefung der Eurozone hat mit falscher Politik keine Zukunft: Zum

Beispiel sollen noch mehr Struktur-reformen – also Lohn- und Renten-kürzungen – mit Geld für Krisenstaaten (Fiskalkapazität) durchgesetzt werden. Dies wird die Kaufkraft schwächen und Arbeitsplätze vernichten. Wer brav ist, bekommt dann etwas Taschengeld aus Brüssel. Das kann nicht funktionieren. Dort, wo mehr EU hingegen Sinn macht – etwa bei der Bekämpfung der Steuertricks von Konzernen – blockiert die EU.

Wir brauchen stattdessen öffentliche Investitionen und Strafen gegen chronische Exportüberschüsse. Der dumme Stabilitäts- und Wachstumspakt

muss verschrottet und kurzfristig durch eine goldene Investitionsregel ersetzt werden, die öffentliche Investitionen von den Maastricht-Kriterien (Schulden-Regeln) ausnimmt. Solche Ideen zur Ausnahme von Investitionen von den Maastricht-Regeln werden nun ausgerechnet für Aufrüstung diskutiert, nicht aber für Schulen und Krankenhäuser. Dabei haben Waffenexporte, sowie die Kriege um Öl und Gas, viele Fluchtursachen geschaffen und Staatenzerfall bewirkt. Deutschland muss durch öffentliche Investitionen und starke Lohnsteigerungen die Wirtschaft ankurbeln.



von Fabio De Masi

» Déjà-Vu Geldwäsche-Liste: Ping-Pong in Brüssel

Am 3. Mai lehnten der Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) und der Innenausschuss (LIBE) des Europaparlaments erneut die Kommissions-Liste der Hochrisiko-Drittstaaten für Geldwäsche ab. Wenn das Plenum im Mai der Entscheidung der Ausschüsse folgt, bedeutet das für die Kommission zurück an den Start. Fabio De Masi zum Ergebnis der Abstimmung: »Das war wieder nix. Die berüchtigten Schattenfinanzplätze fehlen weiter auf der Liste der Kommission. Die vom Parlament seit Monaten eingeforderten Verbesserungen werden auch ein Jahr nach den Panama Papers nicht umgesetzt. Die Kommission will offenbar keinen diplomatischen Stress. Dies ist ein Kotau vor Steuerhinterziehung, organisierter Kriminalität und Terrorfinanzierung. Das Parlament wird dies nicht hinnehmen.«



Foto: EP

von Thomas Händel

Kein Schwung für ein soziales Europa

Vor sechzig Jahren wurde der Grundstein für die heutige EU gelegt, mit hohen sozialen Ansprüchen. Ziel der »Römischen Verträge« war, »[...] die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen [...]«. Man verpflichtete sich auf die, »[...] Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte und [...] ihre Angleichung [...]« und auf »[...] den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit [...]« – vor 60 Jahren!

Und die Realität heute: Arbeitnehmer*innen mit unterschiedlichen Rechten, Lohndumping mit System, und selbst moderne Sklaverei gedeihen wieder. Gleiches Entgelt – Fehlanzeige. Ein Viertel lebt an oder unter der OECD-Armutsgrenze. Über 17 Prozent der Jungen sind arbeitslos. Immer mehr schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsplätze. Während sozialer Abstieg und Armut Massenerfahrungen geworden sind, klaffen die Einkommens- und Besitzverhältnisse immer weiter auseinander. Das lässt immer mehr Menschen an der EU zweifeln, auch das ist ein Aspekt des Brexit-Referendums.

Das Gründungspostulat – nie wieder Krieg – allein reicht nicht mehr. Der neue Tenor muss lauten: Soziale Gerechtigkeit – gegen Arbeitslosigkeit

und Armut. Neoliberale Sparpolitik zu Lasten der Menschen und ein ungebremstes Konkurrenz-Europa haben keine Zukunft. Die Alternative liegt aber nicht in der Rückkehr zum Nationalen. Wer behauptet, nachhaltiger Umweltschutz und Energieversorgung, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Flucht und Migration, die strikte Kontrolle der Finanzmärkte usw., könnten nationalstaatlich besser geregelt werden, ist der Scharlatanerie verdächtig nahe.

Auch die »linken« Brexit-Jubler zielen in die falsche Richtung. Wer die Zerstörung der EU erhofft und danach die Neugründung fordert, muss auch sagen, mit wem er das denn machen will. Manche halten die EU gar für unveränderbar. Europa ist aber kein dunkles Imperium aus den Weiten des Weltalls. Europa ist menschengemacht. Derzeit regieren die Interessen der Wirtschaft. Das lässt sich nur mit politischen Mehrheiten verändern. Dazu braucht es Bündnisse mit allen, die eine demokratische und soziale Neubegründung Europas wollen.

Dazu braucht es aber vor allem eine gemeinsame, die Menschen überzeugende, europäische Idee und Strategie der Linken für die neue EU. Beides fehlt aber (noch)! Die Kernpunkte liegen jedenfalls auf der Hand:

- Investieren statt kaputtsparen – wider der ungleichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten;
- gute Arbeit schaffen, von der die

Menschen eigenständig und frei von Armut leben können;

- der Ausbau und die Angleichung der sozialen Sicherheit mit Mindeststandards, die vor Armut schützen sowie eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge;

- eine strikte politische Kontrolle der Finanzmärkte;

- eine koordinierte Steuerpolitik, ein gemeinsames Schulden-Management und die Wiederherstellung des Vorrangs der Politik vor der Wirtschaft;

- die Abrüstung und Umstellung der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion und eine wirkungsvolle und nachhaltige Friedens- und Entwicklungspolitik;

- die weitere Demokratisierung durch eine Stärkung des Europaparlaments, die Schaffung einer echten zweiten Kammer, direkt gewählt über die Regionen Europas und die Wahl einer demokratisch kontrollierten, europäischen Regierung.

Neu geregelt werden muss, welche Kompetenzen auf welcher Ebene am besten angesiedelt sind. Es muss um ein Europa der solidarischen Regionen gehen, das sukzessive die geschaffene Konkurrenz der EU-Mitgliedstaaten ersetzt. Letztlich wird das ohne Änderung der Verträge nicht gehen.

Zumindest hinsichtlich des Sozialen schien es so, als habe die EU-Kommission verstanden. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« und eine neue »Säule sozialer Rechte« sollten konstituiert werden. Ersteres trifft auf den härtesten Widerstand Osteuropas. Das Zweite mündet trotz monatelanger Konsultationen in einen unverbindlichen »Sozialknigge«, an den sich jede/r halten kann aber nicht muss. Das wird nicht reichen um die Menschen zu überzeugen und die großen Versprechen eines besseren, sozialeren Europas einzulösen.



Foto: Webste T. Händel

von Martina Michels

Zusammenhalt kommt von Solidarität – EU-Kohäsionspolitik erhalten und stärken

Auch wenn der EU eine solide soziale Säule bisher fehlt, gibt es in Form der EU-Kohäsionspolitik, für die 37 Prozent der EU-Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, einen sehr konkreten solidarischen Ansatz. EU-geförderte Projekte kümmern sich vor Ort zum Beispiel um die physische und digitale Infrastruktur und Wirtschaft; die Schaffung von Arbeitsplätzen; um die Integration sozial Benachteiligter; grenzübergreifende Bildung und Weiterbildung; um kulturellen Austausch oder um die Zusammenarbeit bei Konfliktbewältigung; Umweltschutz und vielem mehr. Auch in Deutschland (vor allem,

deutsche Bundesregierung, haben sich in den vergangenen Jahren mit ihrer Sparpolitik auch bei den EU-Haushaltsverhandlungen durchgesetzt. Infolge des Brexits könnten sich laut Schätzungen zusätzliche Haushaltslücken ergeben, die etwa 20 Prozent der Mittel für die Strukturfonds entsprechen. Schon jetzt können die EU-Hilfen allein nicht die Folgen der neoliberalen Kürzungs- und Privatisierungspolitik ausbügeln.

Aktuell werden Weichen für die Entwicklungsrichtung der EU gestellt. Eine entscheidende Frage ist: Soll es eine echte öffentliche Investitionspolitik der EU weiterhin geben?



Foto: Delegation

von Martina Michels

» Zukunft ohne Zusammenhalt?

Im »Weißbuch zur Zukunft der EU« taucht Kohäsionspolitik nicht als entscheidendes Bauteil des europäischen Hauses auf. Regionalpolitik steht gar als Beispiel für Politikbereiche, die renationalisiert werden könnten, wenn man »weniger EU« wolle! Im Diskussionspapier für eine »soziale Säule« der EU stellt die Kommission klar: Nur, wenn zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, ist mehr und bessere EU-weite Zusammenarbeit der regionalen Ebene möglich.

aber nicht nur im Osten des Landes) helfen die EU-Strukturfonds bei der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung. In einigen ärmeren EU-Mitgliedstaaten sind die EU-Hilfen beinahe die einzigen öffentlichen Investitionen, die infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise überhaupt getätigt werden können. Doch die Regierungen der reicheren Mitgliedstaaten, vorne weg die

Und soll die Kohäsionspolitik, mit ihren in parlamentarischer Auseinandersetzung festgelegten inhaltlichen Kriterien, das wichtigste Investitionsinstrument der EU bleiben und einen entsprechend hohen Anteil am EU-Haushalt erhalten?

DIE LINKE. im Europaparlament sagt klar: Wer eine soziale Säule der EU will, darf die vorhandene solidarische Säule nicht aufs Spiel

setzen. Deshalb setzen wir uns für eine angemessene Finanzausstattung der Kohäsionspolitik ein. Dabei sollen Zuschüsse das wichtigste Werkzeug besonders für kleinere Projektträger bleiben. Kredite oder Bürgschaften können die Zuschüsse nicht ersetzen und müssen, wo sie sinnvoll sind, zusätzlich bereitgestellt werden. Bei besonderer Berücksichtigung weniger entwi-

ckelter Regionen, sollen weiterhin alle Regionen Unterstützung bei der Bewältigung sozialer, ökologischer oder wirtschaftlicher Probleme erhalten, die mit EU-Unterstützung besser als rein national gelöst werden können.

EU-Fördermittel Informations-Plattform

Damit Ihr Projekt Wirklichkeit werden kann.

www.eu-foerdermittel.eu

Ein Wegweiser durch den Dschungel der EU-Fördermittel

European United Left • Nordic Green Left
GUE/NGL
www.guengl.eu

DIE LINKE.
 IM EUROPAPARLAMENT

Foto: Delegation



... war in dieser
Legislaturperiode

bisher für
22 Berichte
verantwortlich;

reichte
**101 Entschließungs-
anträge**

ein;

trug
**113 gemeinsame
Entschließungsanträge**
mit;

stellte
81 Dringlichkeitsanträge
zur Wahrung und Einhaltung
von Menschenrechten;

stellte
13 mündliche Anfragen

und sprach
2120,5 Minuten
in Plenardebatten.

FRAKTIONSGRÖSSE

Zahl der den einzelnen Fraktionen
angehörenden MdEP

(Stand: 1. März 2017)

Unsere Fraktion ...

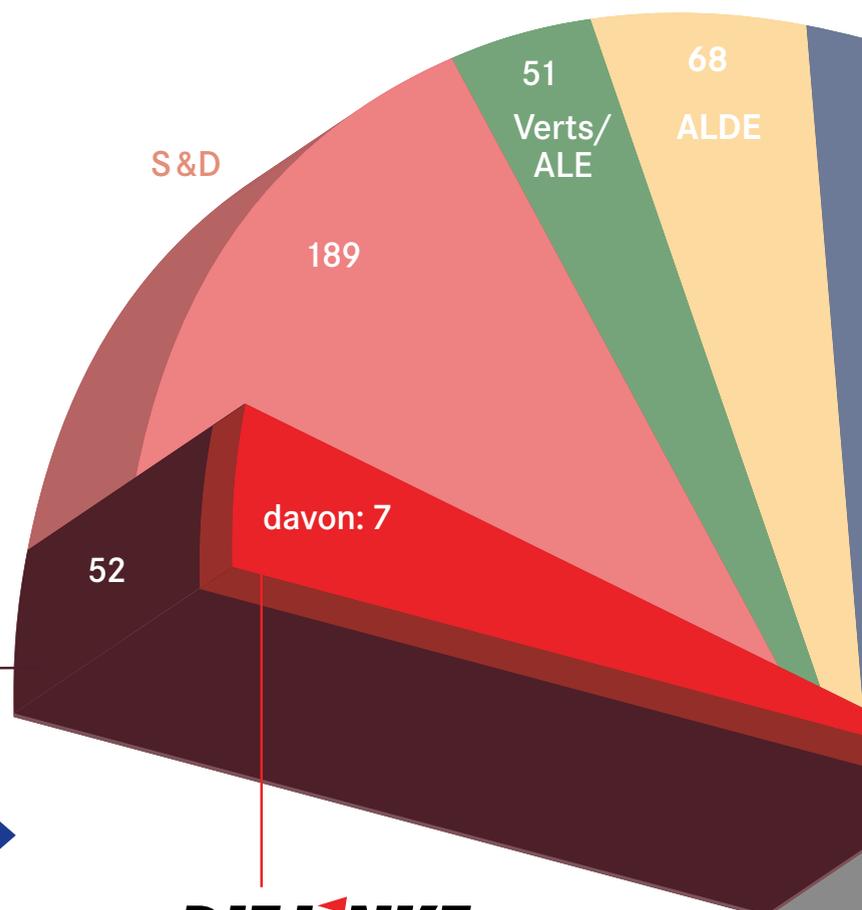
...

- repräsentiert **14** EU-Mitgliedstaaten
- mit insgesamt **52** linken Abgeordneten
- von **19** politischen Parteien
- und mit **4** unabhängigen Abgeordneten
- spricht **20** verschiedene Sprachen
- **=** ist die einzige Fraktion mit gleich vielen Frauen und Männern*

* Im gesamten Parlament sind hingegen **lediglich 37 Prozent** aller Abgeordneten Frauen.



GUE/NGL
www.guengl.eu

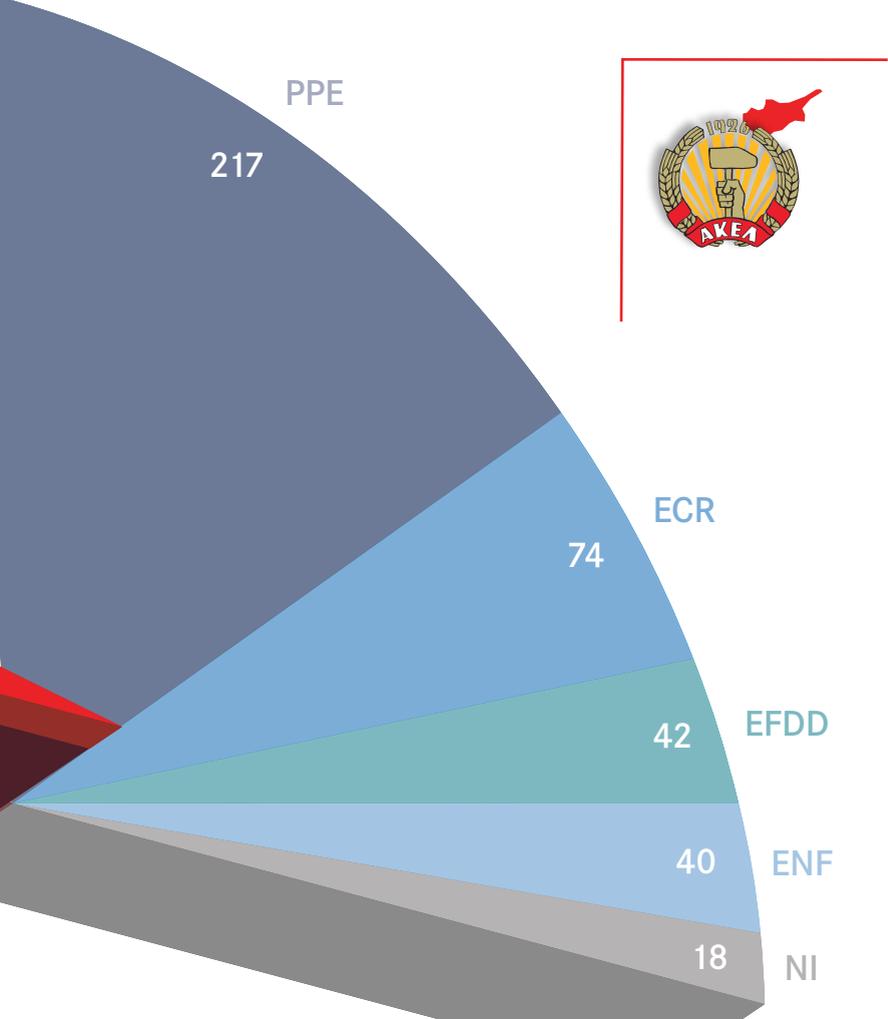


DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Gesamt
750 Sitze



Unabhängig:
Barbara Spinelli
Luke »Ming« Flanagan
Sofia Sakorafa
Stefan Eck



Protest vor Straßburger Parlament gegen die Zustimmung zu CETA, 2017
 Foto: Delegation



Protestaktion im Straßburger Parlament mit einer Liste von auf der Flucht nach Europa Ertrunkenen 2015.
 Foto: Fraktion

Unterstützung im Parlament für den »Czarny Protest« (Schwarzer Protest) gegen die geplante Verschärfung der Abtreibungsgesetze in Polen 2016.
 Foto: Fraktion



von Cornelia Ernst, MdEP
und Manuela Kropp, Mitarbeiterin

Erneuerbare Energien und progressive Industriepolitik!



India One Solar Thermal Power Plant, Rajasthan, Indien, 2014

Foto: Brahma Kumaris (CC BY-NC 2.0)

Der Klimawandel ist eine Herausforderung, die nur mit einer innovativen Industrie, massiver Senkung von Treibhausgasemissionen, qualifizierten Beschäftigten und einer progressiven Wirtschaftspolitik bewältigt werden kann. Ohne eine gemeinsame Strategie werden die Klimaziele der EU nicht erreichbar sein. Allein in Deutschland hängen 300.000 Jobs vom Sektor der erneuerbaren Energien ab (im Vergleich: eine Million Jobs im Maschinenbau, 800.000 in der Automobilindustrie). Und wollen

wir nicht von der chinesischen Konkurrenz abgehängt werden, müssen wir dringend dafür sorgen, dass die Entwicklung und Fertigung von Elektromotoren für Automobile in der EU stattfindet.

2016 legte die europäische Kommission das Gesetzespaket »Saubere Energie für alle Europäer« zur Umgestaltung des Energiemarktes vor. Jedoch ist der Vorschlag in großen Teilen eine Enttäuschung. Denn die so dringend notwendige Energiewende auf europäischer Ebene wird ausgebremst: Über die

Einführung von sogenannten Kapazitätsmärkten werden nationale Subventionen für Kohle- und Atomstrom ausgebaut. Die Kommission erweckt den Eindruck, als hätten wir Engpässe in der Energieversorgung und müssten deshalb Kohle- und Atomstrom langfristig am Netz halten. Jedoch: Wir haben massive Überkapazitäten in der Stromerzeugung. Selbst in Deutschland, das immer als Musterbeispiel für eine gelungene Energiewende herangezogen wird, verharret die emissionsintensive Kohleverstromung auf ei-

nem hohen Niveau und stieg in den letzten Jahren sogar noch weiter an. Seit 2010 erlebt insbesondere die Stromerzeugung aus Braunkohlekraftwerken eine Renaissance! Dies führt angesichts einer drohenden globalen Erwärmung von vier bis sechs Grad in eine Sackgasse – klima- und wirtschaftspolitisch!

Wir brauchen eine progressive Industriepolitik, die CO₂-arme Sektoren fördert, sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene, sowohl in der Energieerzeugung als auch im Transportsektor.



von Sabine Lösing

» Mörderische EU-Deals

Alle wissen es: Die EU-Migrationspolitik tötet. Menschen, die vor Krieg und Elend um ihr Leben flüchten, finden im Mittelmeer grausam den Tod. Trotz Krokodilstränen der Verantwortlichen geht es so weiter. Mit Libyen wird genauso ein schmutziger Deal gemacht wie mit der Türkei. Die EU-Militäroperation Sophia »hilft« dabei, Menschen auf See gewaltsam aufzugreifen und sie direkt in Krieg und Folter zurück zu schicken, von den Steuergeldern der EU-Bürger*innen. Ein Land, in dem Folter und Misshandlungen an der Tagesordnung sind, darf nicht zum Türsteher der EU werden. Die mörderischen »Migrationspartnerschaften« stärken nur die autoritären Machthaber; und gefährden Menschenleben.



Luwowo Coltan Mine bei Rubaya, Nord Kivu, Demokratische Republik Kongo im März 2014

Foto: MONUSCO/Sylvain Liechti (CC BY-SA 2.0)

von Helmut Scholz

Blutiges Erz

Was unser modernes Leben mit den Konflikten in Entwicklungsländern zu tun hat und wie das Europaparlament gegen die Finanzierung von regionalen Kriegen vorgeht.

Ein Brief aus Brüssel.

Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht haben Sie, bevor Sie diesen Text zu lesen begannen, noch kurz mit ihrem Handy Freunde oder Familienangehörige angerufen. Oder Sie haben auf dem Computer Ihre Mails gecheckt. Möglicherweise haben Sie ein paar Fotos mit dem Smartphone gemacht, vielleicht im Fernsehen die aktuellen Nachrichten verfolgt.

Für unsere heutige Kommunikation sind Handys, Computer, LCD-Bildschirme und viele andere High-tech-Geräte nicht mehr wegzudenken. Sie alle enthalten wertvolle und seltene Erze und Mineralien wie Coltan, Wolfram oder Gold. Ganz abgesehen davon, dass wir mit allen natürlichen Ressourcen, insbesondere jedoch mit seltenen Rohstoffen, verantwortungsbewusst und nachhaltig umgehen müssen, dringt eine Tatsache immer mehr an die Öffentlichkeit: An vielen dieser Materialien klebt Blut.

Zahlreiche Konflikte, bei denen Menschen getötet, verletzt oder vertrieben werden, werden durch den Handel mit Rohstoffen und um die Kontrolle von Erzminen geführt. Warlords führen bewaffnete Banden an, mit denen sie die Kontrolle über

Rohstoffgebiete und Minen erlangen oder verteidigen wollen. Für den Zugriff auf Gold, Coltan, Wolfram und Zinn wird gemordet. Die Rohstoffe werden zu Geld gemacht, mit dem Geld werden Waffen gekauft, mit mehr Waffen können mehr Kämpfer ausgestattet werden. Wer mehr Kämpfer hat, hat mehr Macht, wer mehr Macht hat, kann ein größeres Gebiet kontrollieren und mehr Rohstoffe rauben und wieder mehr Reichtum erlangen. Die Kriegsspirale dreht sich – und ist viel zu oft eine militärische Endlosschleife. Daher tragen die Rohstoffe, die so die Gewalt immer wieder anheizen, auch vollkommen zurecht den Namen Konfliktmineralien.

Dieses Problem hat auch das Europäische Parlament beschäftigt; nicht zuletzt deshalb, weil wir als Linksfraktion immer wieder auf einen Ausweg aus diesem Kreislauf gedrängt haben. Im Jahr 2014 hat die EU-Kommission eine Verordnung vorgeschlagen, nach der Unternehmen in freiwilliger Selbstverpflichtung auf den Handel mit Konfliktmineralien verzichten sollten. Das Europaparlament hat den Vorschlag der Kommission 2015 in eine verpflichtende Verordnung umgeändert. Mit dieser

sollte in die gesamte Lieferkette Transparenz eingeführt werden, gültig zunächst für Gold, Tantal, Wolfram und Zinn.

Nach dieser Entscheidung des Parlaments wurde ein Abstimmungsmechanismus zwischen Europaparlament, EU-Rat (dem Gremium der Regierungsvertreter*innen) und Kommission – der sogenannte Trilog – eingeleitet. Ende 2016 lag das Ergebnis vor: In der EU soll es ein Gesetz geben, das Unternehmen verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass durch ihre Importgeschäfte keine Waffen in Konfliktgebieten finanziert werden. Dafür sollen u. a. die Lieferketten kontrolliert und der Handel mit Konfliktmineralien akribisch protokolliert werden. Im März 2017 hatte eine überwältigende Mehrheit von 558 Europaabgeordneten für diese Verordnung gestimmt.

Natürlich ist dies ein gutes Beispiel um zu zeigen, dass das Europaparlament tatsächlich etwas bewegen kann. Und zugleich dafür, dass dafür oft Kompromisse nötig sind. So

hat der Rat Grenzwerte für Importmengen durchgesetzt, unter denen keine Berichtspflicht besteht. Für Gold liegt z. B. liegt dieser bei 100 Kilogramm im Jahr. Aber wir konnten – auch auf meine Initiative hin – erwirken, dass drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung überprüft wird, ob niedrigere Werte nötig sind. Und noch etwas ist mir wichtig: eine schnelle Umsetzung der Verordnung. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die EU-Staaten erst bis 2020 Strukturen und Mechanismen einführen wollen, um das Berichtsverfahren effizient umzusetzen. Die zehntausenden Opfer regionaler Konflikte können so lange nicht warten. Auch nicht die 40.000 Kinder, die für die Warlords in den Minen in Kongo schuften müssen. Und trotzdem: Der 16. März 2017 war ein wichtiger Tag für die Menschen in Konfliktregionen. Und ein schlechter für die Warlords.

Mit solidarischen Grüßen

Helmut Scholz

Impressum: Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, WIB 3M21, B-1047 Brüssel, Belgien · www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Cornelia Ernst
Layout: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin, Druck: Frank Druck GmbH, 24211 Preetz
Titelbild (Montage): Uwe Stümke · Auflage: 125.000



»Auf dem Weg zur sozialen EU? – Europäische Säule sozialer Rechte«, am 12. Mai 2017 in Berlin, u. a. mit Gabi Zimmer, Thomas Händel, Klaus Lederer und Heike Werner.

Foto: Delegation

von Gabi Zimmer und Thilo Janssen

Stein oder Papier? Die Europäische Säule sozialer Rechte

Hört jemand das Wort Säule, denkt sie oder er an das antike Griechenland oder Rom. Steinernen Riesen, die manches Dach schon seit tausenden von Jahren tragen. Eine Säule sozialer Rechte für die krisengeschüttelte EU? Das klingt erstmal gut. Denn das Dach der EU wackelt. Es bietet vielen Menschen keinen sozialen Schutz.

Warum das so ist? Das Recht der Wirtschaft steht in der EU vor dem sozialen Recht. Wenn EU-Länder gegen Wirtschafts- oder Haushaltsregeln verstoßen, riskieren sie eine Strafe. Armut dagegen ist legal. Zwar stehen in den EU-Verträgen soziale Ziele, doch im Zweifel haben Wirtschaft und Kapital Vorfahrt. Dort, wo schon längst eine soziale Säule das EU-Dach tragen müsste, steht bisher nur eine Krücke aus viel Papier. Immer wieder fällt sie um.

Die Folge: Es regnet rein, bei vielen Menschen buchstäblich. 118 Millionen Menschen in der EU leben offiziell in Armut. Norden und Süden driften auseinander, der Osten ist größtenteils sozial abgehängt. Obdachlosigkeit ist mehr geworden, auch die Kinderarmut.

Ist die Kommission nun endlich aufgewacht? Ihr Präsident Jean-Claude Juncker verkündete 2014 ein soziales »Triple A« für die EU. Mittel zum Zweck soll die Soziale Säule sein. Am 26. April 2017 stellte die Kommission die Säule vor. Sie

enthält 20 soziale Prinzipien. Vom Recht auf gute Ausbildung über Grundsätze für Mindesteinkommen bis zu sozialer Absicherung unabhängig vom Arbeitsvertrag – es ist viel Gutes dabei. Aber auch kritikwürdiges: Der Hinweis, dass Arbeitgeber*innen eine »notwendige Flexibilität« bei den Arbeitsverhältnissen brauchen. Raus damit! Der große Haken ist jedoch: Die Soziale Säule ist nicht rechtsverbindlich. Wenn zukünftig mehr auf die sozialen Folgen der Politik in der EU und in den Mitgliedstaaten geachtet wird, ist das natürlich gut. Aber ein Dach wird diese Säule nicht tragen. DIE LINKE fordert deshalb, einklagbare soziale Rechte direkt in die EU-Verträge zu schreiben! Erst wenn in der EU das Recht auf ein gutes Leben für alle vor dem Recht auf wirtschaftlichen Gewinn steht, können wir sagen: Das Dach der EU schützt, denn es wird von einer echten sozialen Säule getragen.



Foto: Delegation

von Fabio De Masi

Panama Papers: Aktenzeichen XY ungelöst

Vor nun bereits über einem Jahr erblickten die Panama Papers das Licht der Welt. Das größte Datenleck der Geschichte offenbarte ein kriminelles Netzwerk der Super-Reichen und Mächtigen. Diese verschleierten ihre wahren Identitäten hinter Briefkastenfirmen – etwa zum Zweck der Geldwäsche, Steuerrückziehung und Korruption bis hin zu Menschenhandel und Terrorfinanzierung.

Seit den Veröffentlichungen konnten ein paar Erfolge erzielt werden: Politiker wie der isländische Premier und der spanische Industrieminister traten zurück und die Gründer der Kanzlei Mossack Fonseca sitzen mittlerweile in Panama in Untersuchungshaft.

Die entscheidenden Reformen in der EU stehen jedoch trotz öffentlichen Drucks weiter aus. Denn enorme Konzentration von Vermögen schafft politische Macht und kriminelle Energie. Dabei ist ein transparentes und gerechtes internationales Steuersystem ebenso möglich wie effiziente Maßnahmen gegen dubiose Finanzströme.

Die im Februar 2017 vom Europäischen Parlament verschärfte Anti-Geldwäsche-Richtlinie stellt hier eine erfreuliche Ausnahme dar. Mit

der Novellierung würden zentrale Schlupflöcher, wie die Möglichkeit, Scheindirektoren als Inhaber von Firmen auszuweisen, geschlossen werden. Auch sieht sie eine Verschärfung der bis dato zahnlosen Sanktionen bei Verstoß gegen die Richtlinie vor. So könnten Unternehmen bei wiederholten Vergehen die Geschäftslizenzen entzogen

werden. Die Richtlinie droht jetzt allerdings durch die Regierungen unter dem Ratsvorsitz der Steueroase Malta aufgeweicht zu werden.

Steueroasen und Schattenfinanzplätze außerhalb der EU könnten derweil durch simple Maßnahmen wie Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen; einem Verbot für Unternehmen und Finanzdienstleis-

ter in der EU, Geschäfte mit Steueroasen zu tätigen; sowie durch Quellensteuern auf Finanzflüsse dorthin, ausgetrocknet werden. Beispiele wie die Mongolei, wo der Besitz von Anteilen an Offshore-Gesellschaften für Politiker*innen und Beamte komplett verboten wurde, zeigen, dass man hier tätig werden kann.

MdEP Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zu Geldwäsche, Steuerrückziehung und -vermeidung bzw. den »Panama Papers« (PANA), bei der GUE/NGL Konferenz: »The Panama Papers, one year on: Fighting money-laundering and tax dumping«.

Foto: Delegation



» Panama Papers, ein Jahr danach

Im April 2016 präsentierte das International Consortium for Investigative Journalists (ICIJ) die sogenannten »Panama Papers« – ein riesiges Datenleck mit vertraulichen Unterlagen des panamaischen Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca. Schon die ersten Auswertungen belegen Strategien der Steuervermeidung, aber auch Steuer- und Geldwäschdelikte, den Bruch von UN-Sanktionen sowie andere Straftaten.

Ein Jahr danach veranstaltete die GUE/NGL eine zweitägige Konferenz zum aktuellen Stand der Auswertung, nationalen und internationalen Folgen und politischen Folgerungen. Ausführliche Informationen zur Arbeit der Fraktionsgruppe zu diesem Thema gibt es (in Englisch) unter:

guengl-panamapapers.eu

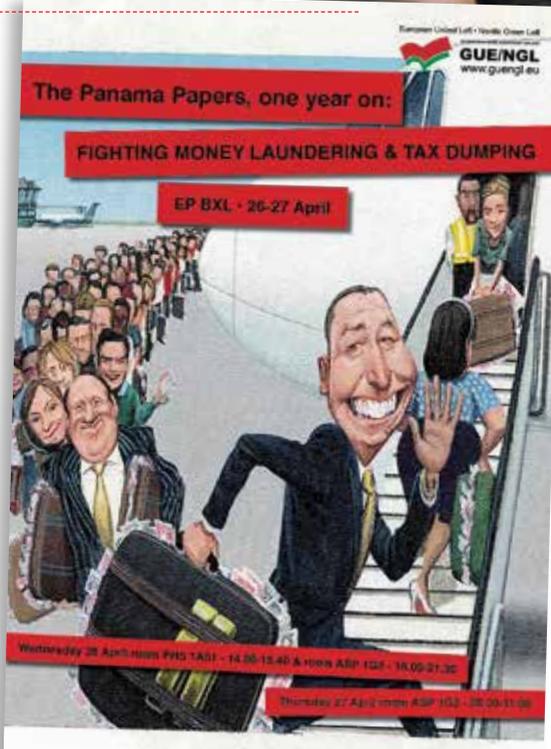


Foto: Fraktion GUE/NGL

von Fabio De Masi

» You'll never walk alone, Deniz!

Im April 2017 zeigte Fabio De Masi seine Solidarität mit dem deutsch-türkischen Profifußballer Deniz Naki. Naki wurde in Diyarbakir (Türkei) wegen vermeintlicher Terrorpropaganda zu einer Haftstrafe von 18 Monaten und 22 Tagen verurteilt. Diese wurde für fünf Jahre auf

Bewährung ausgesetzt. Absurd: Das Urteil verkündete derselbe Richter, der Deniz Naki zunächst freigesprochen hatte. De Masi dazu: »Die Unabhängigkeit der Gerichte von der Politik in der Türkei ist nicht mehr gewährleistet. Deniz Naki hat jegliche Form der Gewalt stets verurteilt. Bereits der Wunsch nach Frieden ist in der Türkei offenbar strafbar. Deniz Naki ist ein Vorbild. Er ist dem Prozess nicht ausgewichen, um tausenden unsichtbaren Menschen in der Türkei, die unter Repression leiden, eine Stimme und ein Gesicht zu geben. You'll never walk alone, Deniz!«



V.l.n.r.: Ziyar Pir (HDP), Fabio De Masi (Europaabgeordneter DIE LINKE), Feleknas Uca (Abgeordnete der HDP im türkischen Parlament für die Region Diyarbakir, ehemalige LINKE Europaabgeordnete), Deniz Naki, Prf Norman Paech (Völkerrechtler)

von Cornelia Ernst

Terrorismus bekämpft man nicht mit der Gießkanne



Die zahlreichen Anschläge in den letzten Jahren haben viele Menschen stark verunsichert. Den Opfern und ihren Angehörigen gilt unsere ehrliche Verbundenheit und Solidarität. Der Ruf nach innerer Sicherheit, nach sozialer Stabilität wird von EU und Mitgliedstaaten aber auf die erste Forderung verkürzt. Das ist ein gravierender Fehler, der sich auch in der offensiv angekündigten Sicherheitsunion von Rat und Kommission zeigt, für die es noch nicht mal eine vertragliche Grundlage gibt. Wir als Linke setzen uns im Europaparlament ein für:

1. Einen seriösen Umgang mit dem Terrorismusbegriff und eine Überprüfung aller bestehenden Sicherheitsinstrumente durch unabhängige Sachverständige.

2. Die Balance zwischen Sicherheit und anderen rechtsstaatlichen Grundwerten. Wir fordern das Ende pauschaler Massendatensammlungen und wenden uns gegen alle Forderungen, die Hintertüren in Kommunikationssoftware oder Beschränkungen für Verschlüsselungstechnik verlangen!

3. Weniger Macht für Geheimdienste – für eine bessere Begrenzung ihrer Tätigkeit und demokratische Aufsicht! Wir lehnen die Erweiterung der Rechte und Befugnisse von Geheimdiensten strikt ab.

4. Eine gezielte Gefahrenabwehr! Die unmittelbare Bekämpfung des Terrorismus' muss Aufgabe der Polizei sein. Gezielte Kooperation der Strafverfolgungsinstrumente und -Behörden, ja – aber gleichzeitig auch für Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten und die Wahrung beziehungsweise Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz!

5. Eine konsequente Bekämpfung der Ursachen von Terrorismus, die

Trockenlegung ihrer Finanzquellen und die Isolation internationaler Unterstützer!

6. Die Unterstützung der Opfer! Allen, die direkt oder indirekt von einem Terroranschlag betroffen sind, muss Hilfe jedweder Art zustehen!

7. Die Stärkung des Zusammenhalts und ein Ende der Ausgrenzung! In den Mitgliedstaaten müssen Präventionsprojekte und Runde Tische eingerichtet werden, die eine Zusammenarbeit von Schulen, Vertreter*innen von Glaubensgemeinschaften, Sozialarbeiter*innen, Vereinen und Verbänden der verschiedensten Communities ermöglichen.

8. Einen Entradikalisierungsplan der EU für Gefängnisse, das ist überfällig.

9. Über hate speech zu reden, nicht zu schweigen! Das verlangt allen Bürger*innen mehr Verantwortung ab, aber auch von den sozialen Medien und Betreibern von Foren und Kommentarseiten, hate speech, rassistische und zur Gewalt oder Terror aufrufende Hetze unverzüglich zu löschen, sobald sie bekannt sind. Die Löschung von solchen Inhalten muss auch gesetzlich erzwungen werden können.

10. Die Unantastbarkeit der Meinungs- und Redefreiheit! Daher wenden wir uns gegen alle Formen von Netzsperrern und intransparente Selbstverpflichtungsmodelle.

Die Broschüre »Terrorismus bekämpfen – Grundrechte wahren« gibt es nur als Download auf unserer Webseite unter:

dielinke-europa.eu/terrorismus-ebook

von Cornelia Ernst

» Politische Verpuffung

Abschlussbericht des Abgasuntersuchungsausschusses (EMIS)

Nach einem Jahr Arbeit hat der U-Ausschuss seine Tätigkeit mit der Verabschiedung eines umfassenden Berichtes abgeschlossen, der auch Empfehlungen an Rat und Kommission beinhaltet. Positiv ist dabei, dass unter anderem die europaweite Verbraucher*innen-Entschädigung, sowie Tests unter realen Fahrbedingungen gefordert werden. Die Einführung einer europäischen Überwachungsagentur scheiterte am Widerstand nationalistischer Kräfte. Auch die Anlegung eines Lobbyregisters – aufgrund der starken Einflussnahme der Industrie – und die Festlegung auf bestimmte Grenzwerte scheiterte – ganz im Sinne konservativer Kräfte im EP. Ein Schuldeingeständnis bleibt aus, von allen Seiten.

Einen alternativen Bericht der Delegation DIE LINKE finden Sie auf unserer Website.



Montage: Uwe Stümke



Foto: Uwe Stümke

von Martina Michels

Digitalisierung und Demokratie

In den Ankündigungen der Europäischen Kommission zur Digitalen Binnenmarkt-Strategie (DSM) vom Mai 2015 sind wir vor allem Käufer*innen, die sich beim grenzüberschreitenden Online-Einkauf zurückhalten. Kleinere Unternehmen sollen ermuntert werden, digital durchzustarten. Damit ist der Problemkatalog fast schon abgehakt. Oben drauf packen wir etwas Verbraucher*innenschutz und die »Ausnahmen« beim Urheberrecht für Kultur, Bildung und Forschung. Dann werden wir alle Konfliktlagen der Digitalisierung offenbar politisch bewältigen ...

Doch: Warum geht es nur um den digitalen Binnenmarkt und nicht um die digitale Gesellschaft?

Wenn die Grundlagen eines modernen demokratischen Dialogs, der Zugang zu Bildung und Wissen aus der Position der »Ausnahme«, also der Beschränkungen für die Wirtschaft verhandelt wird, dann sollte man den Ansatz endlich vom Kopf auf die Füße stellen. Bisher wird scheinbar keine Notwendigkeit dafür gesehen, grundlegende Fragen wie den Erhalt der Netzneutralität, des Datenschutzes oder der Sprachenvielfalt Europas durch Stellungnahmen aus dem Kulturausschuss

oder dem Beschäftigungsausschuss in die politischen Debatten zu tragen. Stattdessen entscheiden letztlich fast immer der Industrie- oder der Rechtsausschuss über Film-, Verlags- und Medienlandschaft, über Video-, Sharing- und andere Plattformen, sowie über unsere kulturellen Speicher, wie Museen, Archive und Bibliotheken.

Eigentlich wissen es alle: Digitalisierung hat nicht allein die Arbeits- und Geschäftswelt, sondern auch die Produktion europäischer Öffentlichkeit, die Art des Austausches, das Lernen kultureller, politischer und ethischer Wertorientie-

rungen verändert. Bei der Digitalen Binnenmarkt-Strategie geht es real nicht allein um Technologien und wirtschaftliche Möglichkeiten, um Geschäftsmodelle, neuartige Arbeitsplätze und Verbraucher*innenrechte. Es geht um die Art, wie wir lernen, uns Wissen und Weltanschauung im wahrsten Sinne des Wortes aneignen. Es geht auch darum, wie wir kommunale Aufgaben verwalten, Kulturaustausch und Integration bewältigen und ob wir uns diskriminierungsfrei im digitalen Raum – genau wie auf der Straße, im Betrieb oder der Hochschule – bewegen und verhalten.

von Büro Michels

» Cultural and Creative Industries (CCI)

Ein Novum im Parlament, ein Novum für den Kulturausschuss: Gemeinsam mit dem Industrieausschuss wurde dem Parlament Anfang des Jahres ein Initiativbericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft vorgelegt. In den Branchen der CCI sind die Einkommen niedrig. Die Wertschöpfungslücken werden im Bericht genannt, die ohne ein faires modernes Urheberrecht kaum geschlossen werden können. Martina Michels belebte die Debatten, indem sie einmal mehr forderte, endlich über ein »fair work«-Siegel für Kultur- und Kreativunternehmen nachzudenken. Wir müssen endlich brauchbare Instrumente finden, damit diese Branchen mit ihren hohen kreativen Komponenten nicht zugleich zum Vorbild für unsichere und mies bezahlte Jobs geraten. Ein kritischer Neuanfang der Debatte ist gemacht und wir sollten gemeinsam darauf achten, dass sie fortgesetzt wird.

von Martina Michels

» Urheberrecht – Vom Tiger zum Bettvorleger?

Ein ganzes Bündel von Richtlinien und Verordnungen soll unter anderem das Urheberrecht für das digitale Zeitalter griffig machen und europäisch harmonisieren. Es gibt gute Vorschläge der Europäischen Kommission für Menschen mit Behinderungen, durchwachsene Vorschläge bei den Ausnahmen für Kultur, Bildung und Forschung und brauchbare Vorschläge im Urhebervertragsrecht, beispielsweise die Bestsellerklausel. Im Korb liegen allerdings auch faule Eier, wie ein europäisches Leistungsschutzrecht (LSR) für Presseverleger oder verpflichtende upload-Filter für Plattformen. Gerade laufen sich die politischen Debatten um ein nutzerfreundliches Netz heiß. Es geht dabei auch um Bibliotheken, Kulturinstitutionen und Hochschulen. Bis Juli 2017 wird das Parlament die ersten umfassenden Positionen zu den Kommissionsvorschlägen abstimmen.

DIE LINKE. im Europaparlament

Gabi Zimmer

Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

Mitglied der Konferenz der Präsidenten

Mitglied der Delegation für die parlamentarische Kooperation EU-Moldau

Stellv. Mitglied in der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Stellv. Mitglied in der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung

Ansprechpartnerin für Thüringen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M003
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 101
gabriele.zimmer@ep.europa.eu
www.gabizimmer.eu

 @GabiZimmerMEP



Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament, Mitglied im GUE/NGL-Vorstand & Koordinatorin der Linksfraktion im Innenausschuss LIBE

Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Emissionsmessungen in der Autoindustrie (EMIS)

Stellvertretende Vorsitzende in der Delegation für die Beziehungen zum Iran

Ansprechpartnerin für Sachsen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M021
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 660
cornelia.ernst@ep.europa.eu
www.cornelia-ernst.de

 @ErnstCornelia



Fabio De Masi

Stellvertretender Vorsitzender im Untersuchungsausschuss für Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung (PANA)

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)

Mitglied im Ausschuss für Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung (PANA)

Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Südafrika

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation EU-Indien

Ansprechpartner für Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M031
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 667
fabio.demasi@ep.europa.eu
www.fabio-de-masi.de

 @FabioDeMasi



Thomas Händel

Vorsitzender im Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten (EMPL)

Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitzenden

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN)

Ansprechpartner für Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M063
B-1047 Brüssel
thomas.haendel@ep.europa.eu
www.thomas-haendel.eu

 @thaendel



Sabine Lösing

Stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Entwicklung (DEVE)

Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Ansprechpartnerin für Niedersachsen und Hessen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M023
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 894
sabine.loesing@ep.europa.eu
www.sabine-loesing.de



Martina Michels

Koordination »Europapolitische Sprecher*innen«

Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT)

Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss mit der Türkei

Ansprechpartnerin für Berlin und Sachsen-Anhalt

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M033
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 834
martina.michels@ep.europa.eu
www.martina-michels.de

 @martina_michels



Helmut Scholz

Koordinator der Linksfraktion im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China

Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M013
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 893
helmut.scholz@ep.europa.eu
www.helmutscholz.eu

 @HelmutScholzMEP



GUE/NGL
www.guengl.eu

**Die Delegation
DIE LINKE.
im Europaparlament online:**

www.dielinke-europa.eu



@DieLinkeEP



LINKEimEP



LinkemEP



DIE-LINKE-im-Europaparlament

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT